

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #35/2016

05. November 2016

Die Fragen stellte Marco Tenhaef, Vertriebsleiter und angehender Geschäftsführer bei der „MIT Moderne Industrie Technik GmbH & Co. KG“ in Vlotho-Exter.

Marco Tenhaef:

Frau Bundeskanzlerin, kommenden Freitag sind Sie bei der Mitgliederversammlung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Die Weltwirtschaft wird immer globaler, und auch wir als junge Unternehmer müssen uns diesen wachsenden Herausforderungen stellen. Was wünscht sich die Politik von uns, damit wir unseren Beitrag zur Sicherung der Stabilität leisten können?

Bundeskanzlerin Merkel:

Erst einmal freue ich mich auf meinen Auftritt beim Maschinen- und Anlagenbau, weil dies eine wirklich wichtige Branche der deutschen Industrie ist – weltweit bekannt für den hohen Standard, auch der Innovation. Eine Million Arbeitsplätze in Deutschland sind mit dem Maschinen- und Anlagenbau verbunden. Und die Frage des Erfolgs dieser Branche ist natürlich auch eine Frage unseres Wohlstands und der Sicherheit unserer Arbeitsplätze. Ich wünsche mir, dass gerade junge Unternehmer und Unternehmerinnen weiter Freude haben an der Arbeit. Wir haben versucht, gerade auch Familienunternehmen durch die Erbschaftssteuerregelungen so zu behandeln, dass der Übergang in den Betrieben auf die nächste Generation auch stattfinden kann. Ich wünsche mir, dass sie das, was wir in Deutschland als gutes Klima – auch der Einbindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, also verantwortliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer –, dass sie dieses Sozialmodell der Sozialen Marktwirtschaft auch fortsetzen, weil ich das für ganz wichtig halte. Denn überall, wo das funktioniert, muss sich die Politik nicht so viel in die Regelungen einmischen, sondern das können die Arbeitnehmerseite und die Arbeitgeberseite selber machen. Ich wünsche mir des Weiteren Offenheit für die ganzen Fragen der Digitalisierung. Und Offenheit natürlich für die Internationalisierung der eigenen Arbeit; gerade kleinere mittelständische Unternehmen haben es natürlich nicht so einfach, sich immer wieder in die Regelungen anderer Länder hineinzuwenden. Und da will die Politik auch zur Seite stehen.

Wir jungen Unternehmer wissen, dass die Digitalisierung in der Zukunft eine sehr große Rolle spielen wird und wir den Anschluss nicht verlieren dürfen – auch und gerade im Maschinen- und Anlagenbau. Wie geht die Regierung in dem Bereich vor, in der Digitalisierung? Gibt es schon Digitalisierungsbeauftragte, und was wird angestrebt, um den Anschluss nicht zu verlieren?

Wir haben für die Legislaturperiode 2013 bis 2017 das Thema Industrie 4.0 – das ist ja im Grunde die Digitalisierung in den industriellen Fertigungsketten – als ein wesentliches Thema auf unsere Tagesordnung gesetzt. Wir versuchen, gerade mittelständischen Unternehmen zu helfen, indem wir Kompetenzzentren gründen, indem wir eine gemeinsame Plattform geschaffen haben, auf denen Unternehmen und Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen erarbeiten können. Und wir versuchen

auch, im internationalen Kontext die Standardisierungen so zu regeln, dass hier nicht jeder seinen eigenen Standard entwickelt, sondern dass wir international kompatible Standards hinbekommen. Das wird auch ein Thema für unsere G20-Präsidentschaft sein. Also, ich glaube, dass die Kompetenzzentren den Unternehmen helfen, aber wichtig ist auch, dass aus den Unternehmen selbst heraus natürlich die Fortbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angestoßen wird. Wir können da unterstützen, aber Sie kennen die technischen Vorgänge, und deshalb ist das natürlich sehr wichtig. Und wir versuchen vor allen Dingen dann auch das Thema Datenverarbeitung, also „Big-Data-Management“, woraus ja dann auch wieder Kundenwünsche befriedigt werden können, das versuchen wir auf der europäischen Ebene, zum Beispiel durch die Datenschutzgrundverordnung, einheitlich zu regeln, sodass Sie den europäischen Binnenmarkt auch als digitalen Binnenmarkt erleben können.

Wenn wir über die digitale Revolution reden: Bindet uns die Politik in die Gestaltung der Rahmenbedingungen mit ein, und wenn ja, wie?

Wir haben seit Jahren die IT-Gipfel; der nächste wird am 17. November in Saarbrücken stattfinden. Und bei diesen IT-Gipfeln zeigen wir die neuesten Ergebnisse unserer Kooperation zwischen den einzelnen Branchen und der Politik. Und hier hat sich in den letzten Jahren eine völlig neue Form der Zusammenarbeit herausgebildet. Es ist jetzt nicht mehr so, dass man auf einen Verbandstag geht – als Politikerin zum Beispiel, ich als Bundeskanzlerin – und dort gesagt bekommt, was wir bitteschön in dem Steuerbereich und hier und dort machen sollen. Sondern alles, was mit Digitalisierung zusammenhängt, wird gemeinsam erarbeitet: Ob das die Berufsbilder sind, ob das die Fragen der Standardisierung sind, ob das eben andere Fragen sind. Und ich glaube, das ist ein zukunftsweisender Weg, wie wir Dinge mit einbinden können. Und dann haben wir natürlich die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen. Zum Beispiel werden wir in Zukunft die Echtzeitübertragung von Daten brauchen. Dazu brauchen wir das 5G-System, und das muss europaweit ausgerollt werden. Dafür muss die Politik die Voraussetzungen schaffen, zum Beispiel dann auch die entsprechenden Frequenzbänder verfügbar machen.

Auch in unserer Branche sehen viele von uns jungen Unternehmern mehr Vorteile als Nachteile in CETA und TTIP, aber leider verstehen die wenigsten Bürger, dass es um weit mehr geht als um Chlorhühner und Schwarzwälder Schinken! Sind aus Sicht der Politik die Ängste und Nöte der Bürger unterschätzt worden, und warum wurde nicht mehr Energie in die Aufklärung investiert?

Ich persönlich glaube, dass wir schon eine ganze Menge Energie in die Aufklärung investiert haben. Aber Tatsache ist, dass sowohl CETA als auch das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, TTIP, viel komplexer angelegt sind, als das bei früheren Handelsabkommen der Fall war, wo man einfach die Zollschränken gesenkt hat und dabei dann natürlich mehr Handelsmöglichkeiten geschaffen hat. Heute geht es auch um die sogenannten nichttarifären Hemmnisse, also die, die nicht mit Zöllen zu tun haben. Und das sind natürlich oft Hemmnisse guter Standards in den technischen Fragen, guter Standards im Verbraucherschutz, guter Standards im Umweltschutz, guter Standards im sozialen Bereich. Damit wird die Handelspolitik plötzlich um ganz neue Politikbereiche erweitert. Nun war es von

vielen – gerade auch von NGOs – immer die Forderung, dass wir fairen Handel nur dann haben können, wenn auch Standards, die nicht Zölle sind, vergleichbarer werden. Jetzt werden solche maßgeblichen und standardsetzenden Abkommen verhandelt, wie zum Beispiel CETA, und schon gibt es wieder sehr viel Kritik, weil das Ganze komplexer ist, und weil man völlig neue Ängste und Sorgen hat. Und ich glaube, der Lernprozess, den wir alle jetzt bei CETA durchgemacht haben, muss uns dazu führen, zu sagen: Das sind doch viel bessere, für unsere Arbeitsplätze viel bessere Abkommen, in denen wir nicht nur die Zollfrage haben, sondern eben auch Verbraucherschutzdinge, weil wir damit auch auf der Welt Globalisierung gestalten können. Und diese Aufklärung muss fortgesetzt werden. Aber man muss sich oft gegen sehr schematische Argumente durchsetzen, sage ich mal. Aber ich glaube, das Chlorhühnchen-Beispiel haben wir jetzt endlich ausgeräumt, dass so etwas nicht nach Deutschland exportiert werden wird. Dass es regionale Namensbezeichnungen geben soll, dass finde ich auch nicht unwichtig. Und das ist im Übrigen bei CETA auch gelungen.